

Leitartikel



von
Reinhard
Göweil

... und der Nahe Osten

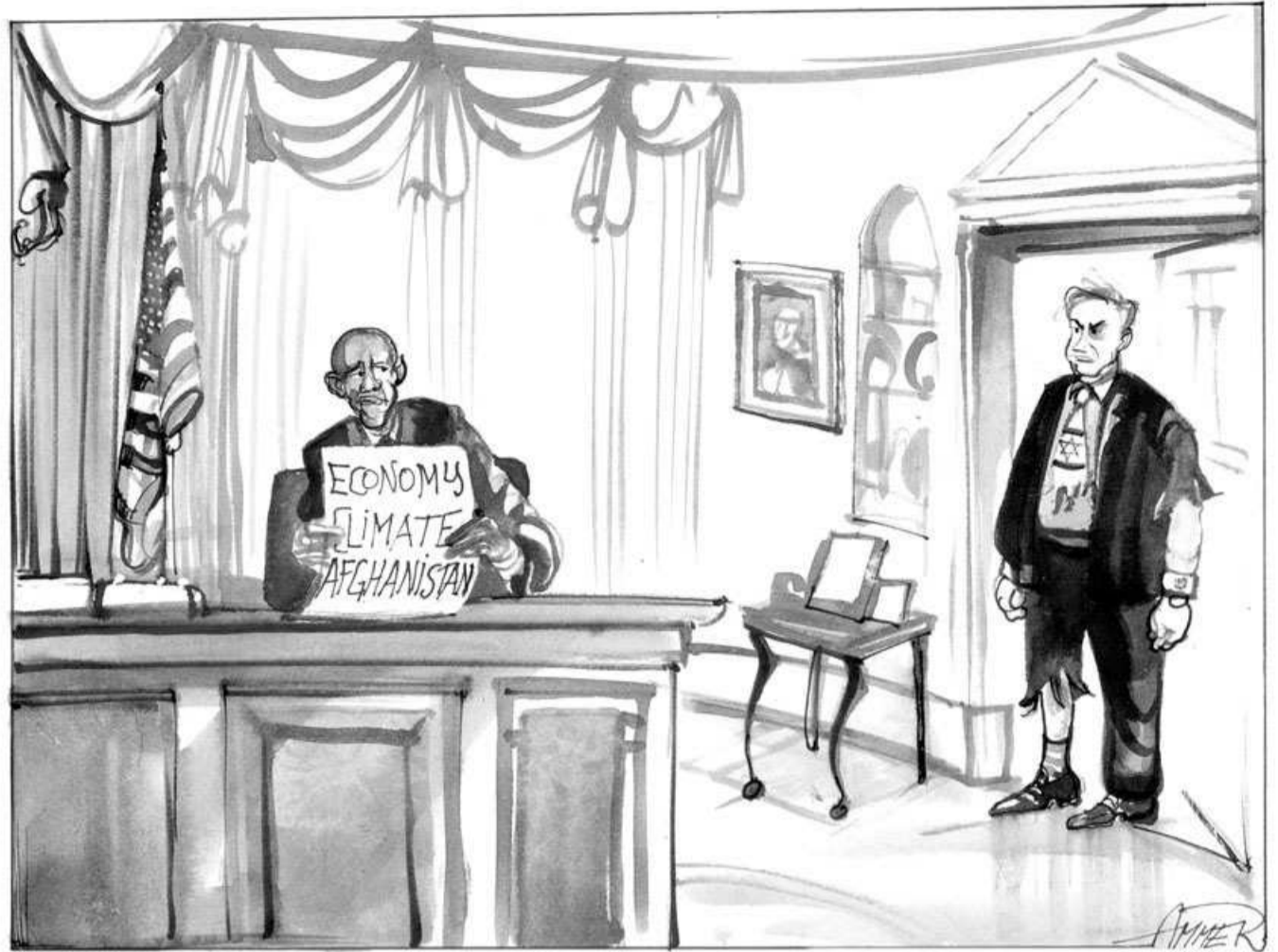
Demokratische Fußfesseln

Korruption oder Freunderlwirtschaft seien keine Neuerscheinung, sagte Richter Georg Olschak in der Urteilsbegründung zu Ernst Strasser. „Was neu ist, ist diese Offenkundigkeit, diese unverschämte Offenheit, mit der sie praktiziert wird.“ Nun, genau deswegen hat nun auch Maria Fekter ein massives Problem. Die Homepage „innensicher.at“ kostet am Markt nicht einmal ein Zehntel dessen, was vom Innenministerium dafür bezahlt wurde. Hinzu kommen extrem hohe Beratungshonorare, die an eine Agentur bezahlt wurden, die ganz eindeutig der ÖVP nahesteht, und für die es keine Ausschreibung gab. All dies muss Fekter nun dem Nationalrat erklären. Wenn der dazugehörige Rechnungshof-Bericht erscheint, wird die Frage der politischen Verantwortung erneut aufs Tapet kommen. In Salzburg trat Finanz-Landesrat David Brenner wegen seiner politischen Verantwortung für die Spekulationsaffäre zurück – zu Recht. Österreich hat sich verändert. Freunderlwirtschaft auf Steuerzahlerkosten wird nicht länger als gottgegeben hingenommen, sondern abgestraft.

Viele der jetzt diskutierten Vorkommnisse rund um Karl-Heinz Grasser und Ernst Strasser wurden in den Jahren nach 2000 ebenfalls kritisiert – von der damals oppositionellen SPÖ. Die Medien berichteten darüber, doch es geschah wenig. Die Justiz erweckte den Eindruck, sich nicht sonderlich dafür zu interessieren. Und die Regierungsmehrheit stimmte im Parlament alles nieder.

All dies ist nun anders. Die Öffentlichkeit verlangt einen sensiblen Umgang mit Steuergeld, die Justiz geht entschlossener vor. Unbedingt erforderlich wäre es nun, dass auch das Parlament darauf reagiert. Der Klubzwang ist in so einer politischen Welt ein Fremdkörper. Und viele (nicht alle) Abgeordnete sind aufgerufen, ihre Jobs ernster zu nehmen – Beispiel Rechnungshof: Dessen Berichte werden vermutlich von sehr wenigen Abgeordneten tatsächlich gelesen. Der vernichtende Bericht über das Bundesheer ist seit Mai 2012 öffentlich zugänglich, hat aber in der Debatte um das Bundesheer keine Rolle gespielt. Kurios.

Dass es den jeweiligen Regierungsparteien gelegen kommt, wenn ihre Abgeordneten unkritisch sind, mag komfortabel sein. Aber wie gesagt, die politische Welt hat sich geändert. Und damit auch die Anforderung an Abgeordnete.



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Wolfgang Ammer

Zitate zum Tag

„Der Trend nach rechts ist geblieben, aber es ist eine gemäßigtere, eine weniger pöbelhafte Rechte, vielleicht ein wenig rechts-liberal.“

Tom Segev israelischer Historiker, nach der Wahl in seiner Heimat

„Das überraschend gute Abschneiden Yair Lapid ist auch auf unzufriedene Likud-Wähler zurückzuführen. Er vertritt keine Tradition und hat keine klassische Partei im Rücken, sondern ist zunächst einmal nur ein Ausdruck der schlechten Laune der Menschen.“

Derselbe

„Die Insassen entwickeln eine richtige Sklavenmentalität. Grobheit, Feigheit, Verrat und Denunzierungen sind an der Tagesordnung. Ich habe mich bei einem Ombudsmann beklagt, weil weibliche

Gefangene sich mit kaltem Wasser waschen müssen und nicht genug warme Stiefel und Kopftücher haben für minus 30 Grad. Wegen der Beschwerde haben mir andere Gefangene gedroht, dass sie mich umbringen.“

Maria Alechina (24), Mitglied der russischen Punkband Pussy Riot, über das Leben im Arbeitslager

„Wenn Großbritannien Europa verlassen will, werden wir für euch den roten Teppich ausrollen.“

Frankreichs Außenminister Laurent Fabius

„Ein Referendum über einen Austritt wäre aber gefährlich für Großbritannien selbst. Wir hoffen, dass die Briten positive Elemente zu Europa beitragen.“

Derselbe schlägt dann doch versöhnlichere Töne an

„Europa ist wie ein Fußballverein: Man tritt diesem Club bei, aber wenn man einmal drinnen ist, kann man nicht sagen: ‚Ich spiele jetzt Rugby.‘ Ein ‚Europa à la carte‘ ist nicht möglich.“

Derselbe wird dann wieder etwas schärfer

„Nicht alles muss in Brüssel und von Brüssel geregelt werden, eine Politik des Rosinenpickens wird aber nicht funktionieren.“

Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle warnt Großbritannien vor der Forderung nach weiteren Ausnahmeregelungen in der EU

„Ladies, wir kommen!“

Donnie Wahlberg (43) geht mit seiner Ex-Band New Kids on the Block wieder auf Tournee

leitartikel@wienerzeitung.at

Gastkommentar von Ingrid Thurner

Die Häme der FPÖ für Vertriebene

Die suggerierte Gleichsetzung von Asyl und Asylbetrug ist menschenverachtend und kriminalisiert alle Vertriebenen und Fliehenden.

Die FPÖ wünschte sich in einem Inserat in der Zeitung „heute“ ein Ende des „Asylbetrugs“, bezeichnete „alle Unterstützer“ als „Beitragstäter“ und forderte „Zwangsernährung, Schubhaft und Abschiebung“ für die Flüchtlinge in der Wiener Votivkirche. Wir wünschen den Verantwortlichen der FPÖ und ihren Wählern, dass sie nie aus ihrer Heimat gejagt werden, ihre Familien verlassen, Hab und Gut aufgeben und dann durch die Welt irren müssen und in ein Land kommen, in dem sie so empfangen werden. Die suggerierte Gleichsetzung von Asyl und Asylbetrug ist menschenverachtend und kriminalisiert alle Vertriebenen und Fliehenden. Jene, die in der Votivkirche bei Eiseskälte ausharren, bis vor kurzem im Hungerstreik, tun dies, weil sie außer dem blanken Leben nichts

mehr zu verlieren haben. Die Häme, die sich im Inserat über sie ergießt, zeigt die „soziale Heimat“ der FPÖ: Man tritt auf die, die auf dem Boden liegen, macht auch noch Werbung damit und schlägt daraus Kapital für die nächste Wahl.

Wie ist so etwas rechtlich und moralisch möglich in einem Land, das sich der Demokratie, den Menschenrechten verpflichtet hat? Eine solche Menschenverachtung hat es schon einmal gegeben, und sie ist niemandem gut bekommen. Wenn es schon kein Verständnis für jene gibt, die um Hilfe ansuchen, dann wäre die Frage zu stellen, wer in einem Staat leben möchte, der schon den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft – und ja, Flüchtlinge sind auch und immer ein Teil der Gesellschaft – keine Hilfe geben will. Welche Unterstützung können



Ingrid Thurner ist Mitarbeiterin der Teilnehmenden Medienbeobachtung (www.univie.ac.at/tmb) am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

sich die Wähler von so einer Partei erhoffen, sollten sich ihre eigenen Lebensbedingungen verschlechtern und sie einmal keine Arbeit mehr finden oder krank werden? Kann man darauf bauen, dass sie sich, wenn die eigene Basis in eine Notlage geriet, sozialer, menschlicher und gerechter verhielte? Dass im FPÖ-Inserat auch noch „alle Unterstützer“ als „Beitragstäter“ zu Ehren kommen, zollt immerhin jenen die verdiente Anerkennung, die seit Wochen das nackte Überleben vor und in der Kirche organisieren, ehrenamtlich, von Spenden abhängig, bei klirrender Kälte, allen gesellschaftlichen und politischen Widerständen zum Trotz. Dabei sind ihre Forderungen bescheiden: Sie wollen arbeiten dürfen. Sie wollen nicht in abgeschiedenen Exklaven vom Rest der Gesellschaft

abgesondert gehalten werden, sondern ihren Aufenthaltsort frei wählen dürfen. Und der allerletzte Wunsch, die Befreiung aus den Fängen der Behörden: Wie verzweifelt muss ein Mensch sein, der nur noch darum bittet, man möge ihn aus den Datensystemen entfernen, seine Identität löschen und in die Illegalität entlassen? Österreich hatte einmal eine Tradition der Gastfreundschaft. Es gab Jahre, da wurden zehntausende Flüchtlinge aufgenommen, und das war eine Selbstverständlichkeit. Nach der Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn und der Niederwalzung des Prager Frühlings war Österreich für viele Flüchtlinge nicht nur Durchgangsland, sondern Endstation. Wie wenige sind es nun, die in der Votivkirche kampieren? 1956 und 1968 sind lange her.